

Badische Landesbibliothek Karlsruhe

Digitale Sammlung der Badischen Landesbibliothek Karlsruhe

Karlsruher Zeitung. 1784-1933 1927

24.9.1927 (No. 222)

Karlsruher Zeitung

Badischer Staatsanzeiger

Expedition:
Karlsruher-
straße Nr. 14
Fernsprecher:
Nr. 953
und 954
Postkonten:
Karlsruhe
Nr. 3515

Verantwortlich
für den
redaktionellen
Teil
und den
Staatsanzeiger:
Chefredakteur
E. Klenz,
Karlsruhe

Bezugpreis: Monatlich 3.— RM. einsch. Zustellgebühr. — Einzelnummer 10 Pfg. — Samstags 15 Pfg. — Anzeigengebühr 14 Pfg. für 1 mm Höhe und ein Zehntel Breite. Briefe und Gelder frei. Bei Wiederholungen tarifreduzierter Rabatt, der als Klassenrabatt gilt und verweigert werden kann, wenn nicht binnen vier Wochen nach Empfang der Rechnung Zahlung erfolgt. Amtliche Anzeigen sind direkt an die Geschäftsstelle der Karlsruher Zeitung, Badischer Staatsanzeiger, Karlsruherstraße 14, zu senden und werden in Vereinbarung mit dem Ministerium des Innern berechnet. Bei Abgabe von Anzeigen, die nicht durch den Postboten zur Zustellung gelangen, ist die Verantwortung für die Abgabe der Anzeigen bei dem Abnehmer. — Im Falle von höherer Gewalt, Streik, Sperr, Ausschreibung, Maschinenbruch, Betriebsstörung im eigenen Betrieb oder in denen unserer Lieferanten, hat der Abonnent keine Ansprüche, falls die Zeitung verspätet, in beschränktem Umfang oder nicht erscheint. — Für telefonische Abbestellung von Anzeigen wird keine Gewähr übernommen. Unverlangte Druckfächer und Manuskripte werden nicht zurückgegeben und es wird keinerlei Verpflichtung zu irgendwelcher Vergütung übernommen. Abbestellung der Zeitung kann nur je bis 25. auf Monatsfrist erfolgen. — Beilagen zur Karlsruher Zeitung, Badischer Staatsanzeiger: Zentralhandelsregister für Baden, Badischer Zentralanzeiger für Beamte, Wissenschaft und Bildung, Badische Kultur und Geschichte, Badische Wohlfahrtsblätter, Amtliche Berichte über die Verhandlungen des Badischen Landtags

Amtlicher Teil

Konsularische Vertretung Bolivien

Der zum Bolivianischen Generalkonsul für das Deutsche Reich mit dem Amtssitz in Hamburg ernannte Jorge Balbes M. ist zur Ausübung konsularischer Amtshandlungen in Baden zugelassen worden.

* Die Deutschnationalen u. die Regierungskoalition im Reich

Es hat großes Aufsehen erregt, als kürzlich der durch seine maßvolle Haltung bekannte Vorsitzende der Zentrumsfraktion des Reichstags, Herr von Guérard, sich mit außerordentlicher Entschiedenheit gegen die Art und Weise der deutschnationalen Parteitagung wandte und dabei rund heraus erklärte, daß es so, wie bisher, nicht weitergehen könne. Das Zentrum hält es einmütig für ausgeschlossen, daß die Deutschnationalen in einem Kabinett vertreten sind, das nur auf der Grundlage ganz bestimmter Richtlinien zustande kam, außerhalb des Kabinetts aber, im Lande vor den Wählern und den Lesern ihrer Presse eine Agitation betreiben, die dem Wortlaut und dem Sinn jener Richtlinien völlig entgegenge setzt ist. In den Richtlinien haben sich die Deutschnationalen ohne Umschweife dazu verpflichtet, die Reichsverfassung und ihre Symbole zu achten und vor jeder Verunglimpfung zu schützen. Was tut aber die deutschnationale Parteipresse beinahe tagaus tagein? Sie setzt diese Verfassung und ihre Symbole in beleidigender Weise herab. Es ist klar, daß eine solche Methode einer Regierungspartei je länger je mehr das Zentrum erzürnen muß.

Dieser Tatsache hat man auf dem deutschnationalen Parteitag in Königsberg ganz offenkundig Rechnung getragen. Der Parteivorstand, Graf von Westarp, hat sogar in aller Form die der Partei nahe stehende Presse und die sonstigen Funktionäre der Partei ersucht, die Richtlinien, von denen hier eigentlich zum erstenmal offiziell zu den deutschnationalen Wählern gesprochen wurde, zu berücksichtigen und der Reichsverfassung und ihren Symbolen die notwendige Achtung entgegenzubringen. In einem gedruckten „Führer für den Parteitag“ war ferner gesagt, daß die Deutschnationale Volkspartei die Rechtsgültigkeit der Verfassung von Weimar nunmehr anerkenne. In demselben Führer war übrigens in bezug auf die Außenpolitik zu lesen, daß sich die Deutschnationalen inzwischen davon überzeugt hätten, daß man unter den gegebenen Verhältnissen keine andere Außenpolitik als die jetzige führen könne.

Auch sonst hat man sich auf dem deutschnationalen Parteitag recht ruhig verhalten und Ungeschicklichkeiten vermieden. Daß die Deutschnationalen nach wie vor für die Monarchie eintreten, ist ihr gutes Recht. Aus diesem Recht ergibt sich auch die weitere prinzipielle Berechtigung, die augenblicklich bestehende Verfassung zu kritisieren. Aber eine derartige Kritik muß in den Grenzen der Sachlichkeit und des Anstandes bleiben und hat ständig die Tatsache zu respektieren, daß die Deutschnationalen doch, trotz ihrer Gegnerschaft zur Weimarer Verfassung an einer Regierung teilnehmen, die auf Grund der Bestimmungen dieser Verfassung gebildet wurde. Man braucht die Einladung in ein Haus, das einem nicht gefällt, ja nicht anzunehmen; wenn man aber annimmt und hingibt, wird man nicht gerade während des Besuchs auf das Haus schimpfen. Diese Regel des Taktes wird die deutschnationale Presse und Agitation noch besser beachten müssen.

Hoffentlich wird die Mahnung des Grafen Westarp sie in dem Bestreben, taktvoll zu sein, aufmuntern. In der „Kreuzzeitung“ — dem deutschnationalen Organ, welches dem Grafen Westarp am nächsten steht — ist allerdings bis jetzt von einem Wandel des Tones wenig zu merken. Im Gegenteil! Die „Kreuzzeitung“ nimmt auch nach der Königsberger Rede Westarps für sich das Recht in Anspruch, zu sagen, was sie denkt. Nun, wenn sie das weiter tut, wird sie den Interessen der eigenen Partei damit sicherlich wenig dienen.

Was man nicht gelten lassen kann, das ist die Aussage der deutschnationalen Presse, daß die Farben schwarz-weiß-rot von den Linksparteien auch nicht geachtet würden, und daß es deshalb den Anhängern von schwarz-weiß-rot nicht übel zu nehmen sei, wenn sie Gleiches mit Gleichem vergelten. Zunächst ist der Standpunkt, daß man Gleiches mit Gleichem vergelten müsse,

und christlich und meistens auch unklug. Die Hauptsache aber ist, daß zwischen schwarz-rot-gold und schwarz-weiß-rot insofern ein grundlegender Unterschied besteht, als schwarz-rot-gold die von der Verfassung vorgeschriebene offizielle Reichsflagge ist, während schwarz-weiß-rot lediglich eine in der Tradition verankerte, gefühlsmäßige Bedeutung besitzt. Im allgemeinen kann man auch nicht sagen, daß die Linksparteien — mit Ausnahme der Kommunisten — die Farben schwarz-weiß-rot, soweit sie als die alten Reichsfarben in Betracht kommen, stets und ständig verunglimpfen. Der Kampf gilt der Parteiflagge schwarz-weiß-rot.

Wir haben von jeher den Standpunkt vertreten, daß der loyale Staatsbürger verpflichtet ist, die Farben schwarz-rot-gold, weil sie die von der Verfassung vorgeschriebenen Farben sind, in erster Linie hochzuhalten und zu achten, daß er aber gleichzeitig durch die Forderungen des Taktes verpflichtet ist, auch die Farben schwarz-weiß-rot zu dulden und zu respektieren, falls sie nicht ganz offensichtlich zu ungeseligen oder parteipolitischen Zwecken mißbraucht werden. Die Farben sind schließlich ja nur Symbole. Hinter ihnen steckt das Wesentliche, die politische Überzeugung. Diese Überzeugungen ringen miteinander. Und das muß so sein und ist auch gut so. Aber für diesen Kampf gibt es gewisse Kampffregeln. Sie dürfen nicht ignoriert werden. Verpflichtet sich aber eine Partei, wie die Deutschnationale Volkspartei, mitten im Kampf der Überzeugungen ausdrücklich dazu, die von der ihr feindlichen Mehrheit geschaffene Verfassung und ihre Symbole zu achten, dann ist sie moralisch doppelt gezwungen, sich an solche Verpflichtungen auch zu halten. Und sie setzt sich dem Verdacht der Inloyalität aus, wenn sie anders handelt.

Strefemann über die Kriegsschuldfrage

Dr. Strefemann erklärte dem Außenpolitiker des „Matin“ in Genf, in einem Interview:

„Ich bin nicht nur überrascht, sondern erstaunt, daß die von Reichspräsidenten in Tannenberg gehaltene Rede in Frankreich in diesem Maße Aufsehen erregt hat. Zunächst bringt diese Rede nichts anderes, als schon oft ausgesprochene Ansichten. Man muß daran denken, daß in Deutschland viel weniger als in Frankreich Kriegsschuldentümer enthielt und dabei Ministerreden gehalten wurden. In Frankreich ist die Erinnerung an den Krieg und der Rückblick auf die Vergangenheit fast alltäglich. Der Reichspräsident hat, wenn ich mich recht entsinne, seit seinem Amtsantritt noch niemals ein Kriegsschuldentum eingeweiht. Aber Tannenberg ist kein Werk, ein Werk, mit dem seine Person und seine Existenz verbunden sind. Er befand sich da auf einem historischen Boden, und alle Kriegsschuldentümer, die sich an seinen Namen knüpfen, ebenso wie seine spätere Tätigkeit als Staatsoberhaupt sind ihm gewissermaßen im Gedächtnis wieder aufgestiegen. Was er bei dieser Gelegenheit gesagt hat, alles das ist ein allen deutschen Gemütern eigenes Gefühl.“

Der wesentliche Punkt der Rede des Reichspräsidenten ist, daß ein unparteiisches Schiedsgericht prüfen und bestimmen soll, was sich im Sommer 1914 im Laufe des diplomatischen Notenaustausches abgespielt hat und auch — was noch viel bedeutender ist — die Ereignisse, die sich in den vorausgegangenen Jahren entwickelt haben, präzisieren soll. Selbst Briand hat in seiner Rede in Genf am Schluß gefordert, den Frieden durch das Schiedsverfahren zu schaffen. Man fordert das Schiedsverfahren für Wirtschaftsfragen und für finanzielle Probleme, also für die verschiedenartigsten Konflikte. Wenn dieser Grundgedanke der einzig wirkungsvolle ist, um die Befriedung der Völker herbeizuführen, warum soll er nicht anwendbar sein bei Fragen, die auf einem Volke schwerer lasten, als ungünstige schiedsgerichtliche Entscheidungen in einer Debatte rein materieller Art? Das deutsche Volk empfindet die These, die allein auf der deutschen Initiative die schreckliche Katastrophe des Weltkrieges laßen läßt, als eine schwere Beleidigung, und es ist sehr begreiflich, daß es sich vor einem Urteil nicht beugen kann, bei dem Ankläger und Richter die gleichen waren. Diese tiefe Empfindung steht nicht im Widerspruch zur der Friedenspolitik, die wir mit unerschütterlichem Vertrauen fortsetzen. Von dem den Völkerbund beherrschenden Standpunkt aus kann niemand den Gedanken eines derartigen Schiedsprüfung tadeln. —

Wenn er nicht schon jetzt eine konkrete Form annimmt, dann wird er durch die Gesamtheit derer, die die Geschichte schreiben, erfüllt werden. Vor dem endgültigen Urteil der Geschichte können und müssen alle Völker sich beugen.“

Der Reichskommissar bei General Guillaumat. Der Reichskommissar für die besetzten rheinischen Gebiete und der Leiter der Reichsboerenverwaltung haben sich am Freitag im Auftrage des Reichsministers für die besetzten Gebiete von Koblenz zu dem Oberbefehlshaber der Besatzungsarmee, General Guillaumat nach Mainz begeben, um in mündlicher Aussprache dahin zu wirken, daß die bevorstehende Verabschiedung der Besatzungsstärke möglichst große Erleichterungen für die Bevölkerung des gesamten besetzten Gebietes schafft.

Der Reichstagsausschuß für Kriegsschuldfragen ist auf Dienstag, den 27. Sept., zu einer Sitzung einberufen worden. Auf der Tagesordnung steht die Behandlung der Vorwürfe auf die nach der Novelle zum Reichsboerenverordnungsge setz zu erwartende Erhöhung der Militärenten.

Deutscher Städtetag in Magdeburg

Das Reich und die Kommunen

In der am Freitag in Magdeburg abgehaltenen Hauptversammlung des Deutschen Städtetages ergriff

Reichskanzler Dr. Marx

von lebhaftem Beifall begrüßt das Wort zu einer Ansprache, in der er betonte, daß er der Einladung zur Teilnahme an der Tagung mit großer Freude gefolgt sei, beruhe doch die Wohlfahrt des Reiches in hohem Maße auf der verständnisvollen und bereitwilligen Zusammenarbeit zwischen Städten, Ländern und Reich. Eine erdrückende Fülle ernster Probleme sei den Gemeinden aus der politischen, wirtschaftlichen und sozialen Umwälzung des letzten Jahrzehntes erwachsen. Mit vorbildlicher Tatkraft und bestem Erfolge seien die Städte an dem wirtschaftlichen und sozialen Wiederaufbau unseres Vaterlandes, dessen Abschluß noch keineswegs erreicht sei, herangegangen. Der Reichskanzler wies besonders auf das Problem eines gerechten Lastenausgleiches zwischen Reich, Ländern und Gemeinden und das Problem der Abgrenzung des Eigenlebens der Städte gegenüber den Ländern und dem Reich hin und fuhr fort: Aber auch hier wie auf allen Gebieten des Lebens unseres Volkes stehen wir unter dem ehernen Zwang, zwischen dem an sich wünschenswerten und dem tatsächlich Möglichen einen Ausgleich so zu schaffen, daß ein Höchstmaß an Leistung für die Nation erzielt wird. Der Reichskanzler versicherte zum Schluß, daß die Reichsregierung den Arbeiten der Tagung die vollste Aufmerksamkeit zuwenden und wünsche im Namen der Reichsregierung der Tagung den besten Erfolg, im Dienste des friedlichen Wiederaufbaues unseres Vaterlandes, in dem die Städte, Länder und Reich ihr höchstes und gemeinsames Ziel erblicken.

Die Ansprache des Reichskanzlers wurde mit stürmischem Beifall aufgenommen. Nachdem der Berliner Oberbürgermeister Böh dem Reichskanzler für seine Ausführung gedankt hatte, führte Präsident Dr. Mulert über

„Reichspolitik und Städte“

u. a. aus: Die gesamten Steuereinnahmen der Gemeinden seien auf den Kopf der Bevölkerung gerechnet gegenüber 1913 nur um 75 Proz. gestiegen, während die Steuereinnahmen der Länder um 159 Prozent, die des Reiches um 245 Prozent zugenommen hätten. Heute verchiebe sich das Schwerkraft in der Behandlung wichtiger kommunaler Fragen immer mehr nach dem Reich. Eine staatsrechtliche Begrenzung der Städte zum Reich sei aber nicht herbeigeführt. Keine der gefestigten und Verwaltungsstellen im Reich oder in den Ländern habe die volle Zuständigkeit, keine habe infolgedessen auch die volle Verantwortung für die Gemeinden. Vereinfachung sei nur dann ein Fortschritt, wenn sie gleichzeitig getragen werde von weitgehender Dezentralisation. Der Redner forderte dann die Einrichtung einer kommunal-abteilung beim Reichsministerium des Innern nach dem Muster dieser Abteilung beim preussischen Innenministerium. Darüber hinaus müsse den Gemeinden eine ausreichende Vertretung in den zur Vorbereitung oder zur Mitwirkung bei der Gesetzgebung berufenen Körperschaften gegeben werden.

In der Aussprache über die Rede Dr. Mulerts betonte

Reichsfinanzminister Dr. Köhler

das große Problem Unitarismus und Föderalismus gehe nicht nur um Wirtschaftsgrenzen und Betätigungskompetenzen, es gehe vielmehr um die Seelen vieler Millionen deutscher Volksgenossen, besonders auch derjenigen Süddeutschlands, es gehe um die Einheit des deutschen Volkes. Wenn sich die Gegensätze zwischen den Ländern und Gemeinden der stark haben, so liege das bei der Verkürzung der allgemeinen Goldbede. Es sei nicht richtig, daß die Realsteuern um 20 Prozent gesenkt werden sollen, wenn auch die Reichsregierung eine allgemeine Senkung der Realsteuern beabsichtige. Das Gesetz diene als Orientierung zum endgültigen Finanzausgleich und müsse deshalb verabschiedet werden. Der Charakter der Grund- und Gewerbesteuer müsse aufrechterhalten werden. Aber die weiteren Bestimmungen müssen den Ländern überlassen bleiben. Finanzminister Dr. Köhler schloß mit dem Wunsch, daß die großen Selbstverwaltungskörper dafür sorgen, daß auch auf den besprochenen Gebieten ein wirklicher Fortschritt erreicht werde.

Nach Dr. Köhler sprach

der preussische Innenminister Orzeszko,

der u. a. ausführte: Die kommunale Selbstverwaltung muß gleichberechtigt neben Reich und Land stehen. Die Selbstverwaltung darf nicht durch Reglementierung gefährdet werden. Auf dem Gebiete der Finanzierung ist die Elastizität der Verwaltung am wichtigsten, aber Selbstbestimmung ist nur dann vertretbar, wenn sich die Selbstverantwortung auch auf die Finanzseite erstreckt. Selbstbestimmung schließt auch Selbstverantwortung in sich. In diesem Zusammenhang kommt der Minister auf den Flaggenreiß der preussischen Regierung zu sprechen und sagt: Selbstverwaltung und ihre Rechte müssen aufhören, wo es die Interessen des Staatsganges fordern. Wir wollen ein gemeinsames Band, das nicht hemmt, sondern bindet. (Lebh. Beifall).

Oberbürgermeister Dr. Böh gab dann der Versammlung in bewegten Worten Kenntnis davon daß bei dem Flugzeugunglück bei Schlegel der hochverdiente, deutsche Botschafter in Washington, v. Matban, den Tod gefunden habe. Die Versammlung erhob sich zu Ehren des Toten von den Sitzen.

Dann wurde die Debatte mit Ausführungen des Oberbürgermeisters Dr. Blüher, Dresden, fortgesetzt, worauf der demokratische Oberbürgermeister Luppe, Nürnberg, behauptete, die Entwicklung führe zu der Forderung, daß die unmittelbare Verbindung zwischen Reich und Gemeinden hergestellt werde, sonst werde durch den Ausbau der direkten Reichsverwaltung die Selbstverwaltung immer mehr ausgehöhlt. Der Einheitsstaat sei auf dem Wege.

Die Deutschnationalen wenden sich durch Oberbürgermeister Rauscher, Potsdam, gegen die Unbestimmtheit einer Entschließung des Vorstandes.

Die Bayerische Volkspartei lehnte durch Bürgermeister Scharnagl, München, die Entschließung ab, da sie der unrichtigen Entwicklung den Weg bahne, während Dr. Jarres namens der Deutschen Volkspartei seine Zustimmung zur Entschließung gibt.

Die Entschließung des Vorstandes

bejagt u. a.:
„Die Ausdehnung der Zuständigkeit und Gesetzgebungs- betätigung des Reiches muß ihre folgerichtige Ergänzung in einer weitgehenden Dezentralisation der Verwaltung und in einer unmittelbaren Verbindung der Gemeinden zum Reich finden. Die stärkere Heranziehung der kommunalen Spitzenverbände zur Mitarbeit, die Errichtung einer Kommunalabteilung im Reichsministerium des Innern, die ausreichende Beteiligung der Gemeinden im Reichswirtschaftsrat sind dringende weitere Forderungen. Eine solche staatliche und staatsrechtliche Verbindung mit dem Reich und seinen Organen dient zugleich in besonderem Maße der Stärkung des Reichsgedankens. Die Vertreter der deutschen Städte verlangen aber auch, daß die finanzielle Selbständigkeit und Leistungsfähigkeit der deutschen Städte wieder hergestellt wird. Sie sprechen die dringende Erwartung aus, daß im gegenwärtigen Augenblick, mit dem den Städten auf verschiedenen Gebieten neue finanzielle Lasten erwachsen, nicht nur jede Verschlechterung ihrer Finanzlage durch Wegnahme von Steuerquellen ohne Ersatz unterlassen wird, sondern den sich aus der Reichsfinanzstatistik ergebenden Folgerungen durch Abänderung des Finanzausgleichs ausreichend Rechnung getragen wird. Die Befolgungserhöhung, die Durchführung des Reichsschulgesetzes und das Gesetz zur Bekämpfung der Geschlechtskrankheiten sind ohne Abänderung des Finanzausgleichs zugunsten der Gemeinden oder ohne Ergänzung der Gemeindefinanzen und Tarife unmöglich. Die Frage der endgültigen Gestaltung der Hauszinssteuer muß auch im Interesse der Überwindung der in den großen und mittleren Städten besonders dringlichen Wohnungsnot entschieden werden. Die in Aussicht genommene Vereinheitlichung des Realsteuerrechts hängt mit dem endgültigen Finanzausgleich untrennbar zusammen und kann nicht zeitlich vorweggenommen werden. Sie muß den Gemeinden die Bewegungsfreiheit zur Berücksichtigung der örtlichen Verschiedenheiten und die Möglichkeit zur Bewertung ihrer Verwaltungserfahrungen sichern. Die Vermögenssteuer muß den Gemeinden ungeschmälert erhalten und die gemeindliche Getränkesteuer unverzüglich ausgebaut werden.“

Zum Schluß schlägt Präsident Muler eine Rheinlandföderung vor, in der mit großer Entschiedenheit auf die immer noch währende Besetzung hingewiesen wird und der Bevölkerung des besetzten Gebietes der Dank für das treue Aushalten ausgesprochen wird.

Mit großer Mehrheit wurde schließlich die Entschließung des Vorstandes und die Rheinlandföderung angenommen.

Das französisch-russische Schuldenproblem. In einer Note der Sowjetregierung an die französische Delegation für die Schuldenregelungskonferenz wird der Vorschlag gemacht, für die Regelung der russischen Vorkriegsschulden und als Kompensation für die rückständigen Zahlungen insgesamt 61 Annullationen von je 60 Millionen Goldfranken zu zahlen. Diefür fordert Rußland Kredite von 120 Millionen Dollars, die lediglich für Abschlässe mit französischen Firmen bestimmt seien und nur produktiven Zwecken in Rußland dienen sollen.

Zur Frage der Ruhrkohlenpreise. Im Reichswirtschaftsministerium fand am Freitag mit den Vertretern des Rheinisch-Westfälischen Steinkohlenbezirks eine eingehende Aussprache über die Lage des Ruhrbergbaus statt. Nach dem Ergebnis der Besprechungen ist mit einer Erhöhung der Ruhrkohlenpreise nicht zu rechnen. Das Reichswirtschaftsministerium erkannte auf Grund der vorgelegten Unterlagen zwar die schwierige Lage des Ruhrbergbaus an, glaubte aber mit Rücksicht auf die Gesamtlage von der bisher in der Preisfrage eingenommenen Haltung nicht abweichen zu können.

Eintritt Parker Gilberts in die Morgangefellschaft. In Washingtoner politischen Kreisen wird die Frage erörtert, ob das Bankhaus Morgan und Co. einen neuen Teilhaber aufnehmen werde, um den Austritt Morgans, der zum Votschafter in Mexiko ernannt worden ist, auszugleichen. Man glaubt daß Parker Gilbert die meisten Aussichten habe, in die Firma aufgenommen zu werden.

Zur Karlsruher Konzertsaison 1927/28

Wie überall, verpricht auch in Karlsruhe das Musikgetriebe im kommenden Winter wieder recht vielseitig und umfangreich zu werden. Trotzdem ist schon heute festzustellen, daß wir leider, selbst wenn die Zahl der Veranstaltungen noch merklich zunehmen sollte, von einem gefunden oder gar blühenden Musikleben sehr weit entfernt sind. Denn es fehlen für einen zweckentsprechenden Neuaufbau noch immer einige wichtige Voraussetzungen. Zunächst verlangt die Frage des wirtlichen Bedarfs und der Methoden seiner Befriedigung eine gründliche Klärung. Nicht minder dringend ist aber auch im engsten Zusammenhang mit deren Beantwortung, wobei sozusagen die Aufnahmefähigkeit des Marktes zu untersuchen wäre, die Lösung des Problems, ob und bis zu welchem Grade die immerhin mit einem erheblichen Inflationselement verbundenen Veranstaltungen sich künstlerisch rentieren, d. h. sich produktiv auswerten. Gerade nach dieser Seite war das Ergebnis der letzten Jahre stets zweifelhaft, wenn objektive Prüfung aus dem dürftigen Gesamtergebnis wiederholt die Schlussfolgerung zog, das Karlsruher Musikleben stagniere gänzlich, so war das jedenfalls eine sehr ernste Mahnung. Noch scheinen zwar die Mängel, die in der Zeit unserem Musikleben anhaften nicht so grundsätzlich, daß sie etwa ganz unüberwindlich wären. Doch ist es höchste Zeit, alles zu ihrer Beseitigung Notwendige zu unternehmen. Aber die allgemeinen und örtlich bedingten Gründe dieser Mängel sind ein offenes Wort zu wagen sei daher gestattet. Um so mehr darf überdies ein Kritiker diese Dinge zur Diskussion stellen, weil er ja nicht nur insofern langjähriger Beobachter die Situation genau kennt, sondern durch seine Tätigkeit sich letzten Endes auch mitverantwortlich fühlt.

Bedenklich und bedauerlich ist hier besonders die Tatsache, daß ein verhängnisvoll großer Kreis von Menschen überhaupt kaum mehr aus persönlicher Neigung ein Konzert besucht. Einesteils sind es gesellschaftliche Verpflichtungen, die gewisse Schichten dorthin gelegentlich führen, andererseits verlangt das Bedürfnis nach angenehmer Unterhaltung wohl diesen oder jenen, sich auch einmal eine Konzertkarte zu kaufen. Er tut es allerdings nur dann, wenn ein möglichst bequemes, durch keinerlei aufreizende Neuheiten verunzichtigtes Programm angeündigt wird; andernfalls begnügt er sich ebenfögen mit guter Raffeehausmusik, die natürlich desbe-

Die Genfer Völkerverbundstagung

Annahme der Antikriegsdeklaration

Genf, 24. Sept. (Tel.) Die Völkerverbundversammlung hat heute vormittag nach Annahme des von Loucheur erstatteten Berichts über die Weltwirtschaftskonferenz die von den Polen beantragte Antikriegsdeklaration in namentlicher Abstimmung einstimmig und unter Beifallsföndgebungen angenommen.

Unterzeichnung der Schiedsgerichtsstatut durch Deutschland

Reichsaußenminister Dr. Stresemann hat am Freitag nachmittag, wie er bereits in seiner Rede in der Bundesversammlung angekündigt hatte, die Klausel über die obligatorische Schiedsgerichtsbarkeit des Ständigen Internationalen Gerichtshofes im Haag unterzeichnet. — Es ist beabsichtigt, die Zeichnung der Klausel noch in diesem Herbst dem Reichstag zur Genehmigung vorzulegen, so daß mit einer baldigen Ratifikation gerechnet werden kann.

Zu Beginn der Freitag-Sitzung der Völkerverbundversammlung gab Präsident Guani unter lebhaftem Beifall die vollzogene Unterzeichnung durch Deutschland bekannt. Er fügte hinzu, er glaube als Dolmetscher der Gefühle des Bundes sprechen zu können, wenn er lebhafteste Befriedigung über diesen Schritt Deutschlands zum Ausdruck bringe, der einen großen Fortschritt im Sinne der Schiedsgerichtsbarkeit und des Verständigungsgedankens bedeute. In Zukunft würden, so hoffe er, alle Streitigkeiten zwischen den Völkern nur auf friedlichem Wege geregelt werden. Er begrüßte die schließlich Reichsaußenminister Dr. Stresemann zu der im Namen der Reichsregierung vollzogenen Unterzeichnung der Falltationsklausel.

Wie aus Berlin mitgeteilt wird, dürfte am Dienstag abend die Vollversammlung des Völkerverbundes geschlossen werden. Die deutsche Delegation wird also voraussichtlich am Dienstag abend oder Mittwoch vormittag von Genf abreisen.

Die Beratungen im Abrüstungsausschuss

Der Abrüstungsausschuss genehmigte Freitag mittag den von Dr. Brodard ausgearbeiteten Bericht über die von diesem Ausschuss gefassten sechs Entschlüsse bis auf dessen letzten Teil. Er enthält eine Auslegung zum Schlussabsatz der wichtigsten dieser sechs Entschlüsse, nämlich der über den Gesamtkomplex Schiedsgerichtsbarkeit, Sicherheit und Abrüstung.

Lord Onslow hatte dafür eine besondere Fassung vorgelegt, die umschreibt, welche Auskünfte über die Höhe der Streitkräfte, die für bestimmte Konfliktsfälle zur Unterstüzung der Entscheidungen des Rates zur Verfügung gestellt werden können, dem Rat zu geben sind. Paul Boncour wandte sich zunächst gegen diese englische Abänderung, ließ aber seine Einwände schließlich fallen.

Auf eine Äußerung des Grafen Bernstorff hin gab Paul Boncour die Erklärung ab, daß der vorbereitende Abrüstungsausschuss auf jeden Fall noch in diesem Jahre zusammentritt.

Nach einer Mittagspause schloß der Ausschuss mit der Annahme einer von Paul Boncour und Lord Onslow gemeinsam vereinbarten Auslegungsformel seine Arbeit ab. Die nunmehr angenommene Auslegungsformel stellt fest, daß es „in dem vollen und freien Ermessen der Regierungen liegt, die ihnen geeignet erscheinenden Antworten“ auf die vom Rate erbetenen Auskünfte auf „jene Maßnahmen zu erteilen, die sie zur Unterstüzung der Empfehlungen oder Beschlüsse des Rates in bestimmten von ihm anzugebenden Fällen zu ergreifen bereit wären.“ Das vom vorbereitenden Abrüstungsausschuss zu bildende Sonderkomitee für die Beratung der Sicherheitsfrage soll prüfen, unter welcher Formel der Rat um Bekanntgabe dieser Maßgaben ersuchen soll.

Niederlage der braunschweigischen Regierung. Die braunschweigische Regierung erteilt Freitag nachmittag zwei Niederlagen. Die Wirtschaftsgruppe, die bisher die Regierung stützte, schloß sich zur Opposition, und griff die Regierungsparteien scharf an.

Konflikt in der Reichsdruckerei. In der Reichsdruckerei ist zwischen den Buchdruckern und der Direktion ein Konflikt ausgebrochen. Die Verhandlungen zwischen der Gewerkschaft und den Gewerkschaftsvertretern des graphischen Gewerbes führten schließlich zu einer Einigung. Die Gefahr eines Streikes ist somit beseitigt.

Die Flugzeugkatastrophe bei Schleiz

Die Ursache unauferklärt

Die Flugzeugkatastrophe bei Schleiz hat den Tod sämtlicher sechs Insassen gefordert, da auch der schwerverletzte Flugzeugmonteur gestorben ist. Die Ursache hat noch keine einwandfreie Aufklärung gefunden. Es wurde berichtet, daß die Maschine ohne Flügel heruntergestürzt sei. Das würde das Unglück nur noch rätselhafter machen, denn die Tragflächen der Dorniermaschine sind mit vier Streben befestigt und außerdem besonders stark verbolzt. Von den Dornier-Metallwerken in Friedrichshafen, den Erbauern des Flugzeuges, wird es für ausgeschlossen gehalten, daß das Unglück durch einen Tragflächenbruch verursacht worden ist. Das Flugzeug ist nicht verbrannt. Daraus läßt sich schließen, daß der Führer die Geistesgegenwart gehabt hat, die Landung abzustellen. Schon das ist ein Zeichen dafür, daß die Maßnahmen, die sich auf ein körperliches oder geistiges Versagen des Piloten beziehen, unrichtig sind. Die Vermutung, es könnte ein Sabotageakt oder gar ein Attentat im Zusammenhang mit der Sacco-Vanzetti-Affäre vorliegen, wird für ungläubhaft erklärt. Die Untersuchung ist sehr schwierig, da die Maschine nur einen wüsten Trümmerhaufen darstellt und die Aussagen der Augenzeugen sich widersprechen.

Frb. v. Maljan

Der tödlich verunglückte deutsche Votschafter in Washington, der anlässlich seines 50. Geburtstages sich auf einer Deutschlandreise befand, die er im Juli angetreten hatte, ist auf einem medienburgischen Gut geboren. 1906 trat er vom preussischen Justizdienst zum diplomatischen Dienst des Reiches über. 1907 ging er als Legationssekretär nach Rio de Janeiro, 1909 nach Christiania, 1910 war er kurze Zeit Hilfsarbeiter im Auswärtigen Amt und 1910 und 1911 erster Sekretär bei der Votschaft in St. Petersburg, von 1913 bis 1917 in Peking und zwar dort seit Kriegsausbruch als Geschäftsträger. Nachdem auch China zur Kriegserklärung gezwungen worden war, kehrte er nach Deutschland zurück, war kurze Zeit im Jahre 1917 Stellvertreter des Reichsanzalters im Hauptquartier Ost und bis 1919 der Gesandtschaft im Haag tätig. Danach wirkte er bis 1921 als Vortragender Rat in der Ost-Abteilung des Auswärtigen Amtes. Im Dezember 1921 wurde er zum Ministerialdirektor und Leiter der Ostabteilung und im Dezember 1922 zum Staatssekretär im Auswärtigen Amt ernannt. Seit Dezember 1924 bekleidet Freiherr v. Maljan den Posten des deutschen Votschafters in Washington. Seinem Wirken ist es nicht zuletzt zu danken, daß die deutsch-amerikanischen Beziehungen in den letzten Jahren sich freundschaftlich entwickelt haben.

Freiher v. Maljan, die sich zur Kur in Parkenkirchen (Oberbayern) befand und dort ihr achtjähriges Töchterchen bei sich hatte, war ihrem Gatten nach München entgegengefahren, um ihn dort bei der Ankunft im Flugzeug in Empfang zu nehmen. Freiherr von Maljan wird im Familiengrab in Groß-Lufow bei Jollsbach bei Medlenburg-Strelitz beigesetzt werden.

Beileidstelegramme an die Gattin des Votschafters haben u. a. gefandt: der Reichsanzaltler, der Reichsjustizminister, der amerikanische Präsident Coolidge, Staatssekretär Kellogg widmete Maljan in Washington einen Nachruf. Reichsaußenminister Stresemann gedachte Maljan in einer Sitzung der deutschen Delegation in Genf.

Der tragische Tod des Votschafters findet lebhaftes Bedauern der gesamten Presse, die von einem schweren Verlust für die deutsche Diplomatie spricht. In der „D. A. Z.“ heißt es: Wenn die Beziehungen zwischen dem Deutschen Reich und den Vereinigten Staaten von Amerika in letzter Zeit sich immer freundlicher und inniger gestaltet haben, so ist das in erster Linie ein Erfolg der diplomatischen Arbeit von Maljan, einer Arbeit, die nach seinem Willen zu seiner Lebensarbeit hätte werden sollen. Ähnlich äußert sich die „Tägl. Rundschau“, die erklärt: Nicht nur Deutschland, auch die Vereinigten Staaten trauern mit tiefem Schmerz über diesen Verlust. Der „Vörsenkurier“, der den Verstorbenen als einen der besten Kenner des nahen Ostens bezeichnet, erinnert daran, daß er die Ostabteilung des Auswärtigen Amtes gerade in den Jahren geleitet hat, in denen der Kurs gegenüber Sowjetrußland festgelegt worden ist und bemerkt: Viele halten ihn für den eigentlichen Vater des Vertrages von Rapallo. Auch der „Vorwärts“ erkennt an, daß der rührige, sehr modern denkende Diplomat in Amerika in überaus nützlicher Weise für Deutschland wirkte.

zaubers, den es vielleicht noch besitzt. Es geht diesem Begriff überhaupt schon wie so manch anderem schönen musikalischen Ehrenittel. Wenn heute z. B. ein kleines Privatinstitut ohne weiteres sich selbst ganz einfach zur „Hochschule der Musik“ ernennen darf oder wenn jedes Städtchen jetzt unbedingt seinen Generalmusikdirektor besitzen muß, haben wir Begleiterseignungen, die ebenfögen peinlich wie lächerlich wirken. Auch hier gehört es sich, endlich die Frage der Zuständigkeit zu stellen und schonungslos zu beantworten.

So steht man überall vor parallelen Vorgängen, die ein höchst verworrenes, in seinen Zielen zerfallendes Gesamtbild ergeben. Aus unüberwindlichen Hintergründen sieht man wohl auch ein Städtchen Idealismus hervorstrahlen, aber von künstlerischen Erwägungen oder auch nur irgendwelchen positiv programmatifchen Richtlinien findet sich keine Spur. Würde man oft genauer untersuchen, ob mit den großen Sellen und lauten Ankündigungen überhaupt an eine zielbewusste Sanierung gedacht wird, so müßte das Ergebnis furchtbar enttäuschen. Es wird eben wohl- und zwecklos drauflosmusikiziert und die Musik zum Zweck der persönlichen Interessen degradiert. Auf das Schulbündnis der Arrangure von musikalischen Veranstaltungen ist es in erster Linie zu setzen, daß unter den 250 Konzerten, die im Jahresdurchschnitt hier angezeigt werden, knapp 50 ernster Beachtung würdig sind. Rund 200 könnte man also ruhig den Müden kehren. Wo jedoch die Quantität zu so hohem Prozentfuß über die Qualität siegt, darf man nicht mehr von einem kulturell bedeutenden und organisch gewachsenen Musikleben sprechen. Es ist vielmehr unveränderliches Mosaik, eitles Geseue, entmutigender Mißbrauch eines unser wertvollsten Besitzgüter.

Diese Situation erfordert energifche Gegenmaßnahmen sowohl auf Seiten der Hörer wie besonders von denen, deren Pflicht es ist, den Zerfall der brüchigen Fassade zu verhüten. Beide Teile können die Dinge nicht so unerfreulich weiterlaufen und Karlsruhe noch stärker in seiner Bedeutung als Musikstadt zurückdrängen lassen. Ist es nicht ein bedenkliches Zeichen, daß Karlsruhe unter den führenden deutschen Musikzentren kaum noch erwähnt und drauhen nicht einmal zusammen mit viel kleineren Städten genannt wird, die trotz schwieriger Lage einen ertannlichen Aufschwung genommen haben? Freilich eine Herbstwoche, die zu Propagandazwecken schnell zusammengekratzt, was ihr der Zufall bietet, kann nur

Franz Haniel & Cie. G.m.b.H. Kaiserstraße 231 Fernruf 4855/56
Großhandel Kleinhandel
Erstklassige Ruhrkohlen, Koks, Briketts 671

Politische Neuigkeiten

Die Strafrechtsreform im Ausland

Am Freitag die Paragrafen 5-7 des neuen Strafgesetzbuches beraten, die eine wesentliche Ausdehnung der räumlichen Geltung des deutschen Strafgesetzes bringen. Danach soll auf Landesverrat, von Ausländern im Auslande begangen als Weltverbrechen den deutschen Strafgesetzen unterworfen sein, wenn der Täter in Deutschland gefasst wird. Auch sollen Vergehen gegen die Wehrmacht oder gegen die Volksgesundheit (z. B. gegen Auswanderer) unabhängig von der Nationalität des Täters und dem Tatort als Weltverbrechen behandelt werden. Vorgezogen ist auch eine Schutzbestimmung für deutsche Amtsträger im Ausland. Deutsche Schiffe und Luftfahrzeuge gelten nach den neuen Bestimmungen als Inland, gleichwohl wo sie sich befinden. Von den Sozialdemokraten und Kommunisten wurden Änderungsanträge begründet, die sich besonders gegen die Bestimmungen über Hoch- und Landesverrat, begangen von Ausländern im Auslande, richteten. Der Reichsjustizminister Bergt betonte diesen Anträgen gegenüber, daß es sich um Kernbestimmungen handele und daß die Strafverfolgungsbehörde jedenfalls daraufhin prüfen werde, ob ein Eingreifen erforderlich sei. Die Vorschriften müßten ihre wesentliche Ergänzung durch Vorschriften der Strafprozessordnung finden. Nach Ablehnung der sozialdemokratischen und kommunistischen Änderungsanträge wurden die Paragrafen 5 und 6 in der Fassung der Regierungsvorlage angenommen. § 7 wird in der nächsten Sitzung am Dienstag zur Abstimmung kommen.

Einreise von Elsch-Votringern nach Deutschland. Zu Pariser Meldungen über angebliche Strafverfolgungen, denen Elsch-Votringern bei Reisen nach Deutschland sich wegen etwaiger Delikte aus der Kriegszeit aussetzen, wird aus Berlin mitgeteilt, daß die seinerzeit ergangene Amnestie selbstverständlich auch den Elsch-Votringern zugute kommt, mit Ausnahme derjenigen Delikte, die auf selbsttätige Mordtaten zurückzuführen sind. Dies war in drei Fällen der Fall, wo Elsch-Votringern des Landesverrats beschuldigt worden sind. Ehemalige Kriegsgefangene können ohne Weiteres einreisen.

Englische liberale Abgeordnete besuchen Deutschland. Eine Gruppe liberaler Abgeordneter des englischen Parlaments wird vor dessen Wiederzusammentritt den wichtigsten industriellen Bezirken Deutschlands einen Besuch abstatten, um festzustellen, was England von Deutschland auf industriellem Gebiete zu lernen habe. U. a. hat der Hauptindustrieller der Liberalen, Fench, seine Teilnahme zugesagt. Die Parlamentarier werden Gäste hervorragender deutscher Industriellen sein. Sie werden voraussichtlich Hamburg, Köln, Essen und Berlin besuchen.

Senator Vorah über das Freigabegesetz. Senator Vorah erklärte, wie aus Washington gemeldet wird, er glaube, daß der nächste Kongreß sich in der Angelegenheit der Freigabe des fremden Eigentums auf den Senatsvorschlag einigen und bald nach seinem Zusammentritt die Rückgabe von 60 Proz. beschließen werde. Auf ein Nachgeben des Senatsausschusses sei nicht zu hoffen. Jedoch bestehe in beiden Häusern die Geneigtheit, das Gesetz nunmehr endlich zu verabschieden.

Kurze Nachrichten

Die Gehaltsfrage bei der Eisenbahn. Wie aus Berlin mitgeteilt wird, laufen die Tarifverträge für die Eisenbahnenbediensteten bis zum 31. März nächsten Jahres. Den Beamten sind seit längerer Zeit Erhöhungen nicht gezahlt worden, wohl aber sind die Löhne wiederholt erhöht worden. Der Standpunkt der Reichsbahnverwaltung geht dahin, daß Lohn-erhöhungen überall da erfolgen können, wo die Löhne der Eisenbahnarbeiter denen der Privatindustrien angeglichen werden müssen.

Beflagung in Bayern am Geburtstage des Reichspräsidenten. Wie von zuständigen Münchener Seite mitgeteilt wird, werden Sonntag, den 2. Oktober 1927, aus Anlaß des 80. Geburtstages des Reichspräsidenten die staatlichen Gebäude sowie die Gebäude der Hochschulen und der staatlich verwalteten Anstalten und Stiftungen die Landesfarben gezeigt. Gleichzeitig wird den Gemeindeführern die Beflagung der gemeindlichen Gebäude nahegelegt.

Verlängerung der Kurzarbeiterunterstützung. Der Reichsarbeitsminister hat die Bestimmungen über die Kurzarbeiterunterstützung über den 1. Oktober hinaus verlängert.

Erich Koch in Rußland. Reichsinnenminister a. D. Koch, hat am Freitag mit dem Flugzeug Deutschland verlassen. Er unternimmt eine Rußlandreise, die sich bis nach Sibirien und bis zum Kaukasus erstrecken wird.

Bergball erhält Einreisegenehmigung. Wie aus Washington berichtet wird, hat das Staatsdepartement dem Ersuchen des Deutschamerikaners Bergball um die Einreisegenehmigung nach Amerika stattgegeben.

Japanische Parlamentarier in Berlin. In Berlin ist eine japanische parlamentarische Delegation eingetroffen. Sie besteht aus fünf Mitgliedern und gehört der Interparlamentarischen Union an. Sie wird dem Reichspräsidenten ihre Aufwartung machen und auch Zusammenkünfte mit verschiedenen deutschen Parlamentariern haben. Ferner ist eine Gesellschaft von schwedischen Bürgermeistern in Berlin eingetroffen.

wenig nützen. Hier muß systematische Arbeit einsetzen und zwar in der Form, daß nach gründlicher Durchleuchtung der Gegenstände sich alle Kräfte zusammenschließen, die aus ethischer Überzeugung an die Möglichkeit einer Konsolidierung glauben. Eine prinzipielle Strukturänderung verlangt überdies keineswegs Mehrausgaben, viel eher will sie verhindern, daß beträchtliche Summen oft auf ganz nutzlose Art vergeudet werden. Und wenn vorläufig auch erst in bescheidenem Rahmen erreicht wird, daß unser Musikleben sich innerlich festigt, wieder aktiv wird und nicht so hoffnungslos passiv bleibt, so ist wirklich schon viel gewonnen. Gelingt es außerdem, ihm mit charaktervoller Unabhängigkeit zugleich die Fähigkeit zu geben jenseits des lokalen Bezirks das gesamte Musikschaffen zu überblicken und aus Verständnis für das Ganze regulierend, auf das Heimische zu wirken, so dürfte Karlsruhe in Wälde den ihm gebührenden Platz zurückerobern haben. Wann jedoch setzt diese im besten Sinne produktive Aktion ein, welche die Landeshauptstadt auch musikalisch endlich wieder zum Mittelpunkt Badens emporheben soll? U. Sch.

Kammermusikabend des Wendlingquartetts

Trotz qualvoller Hitze und erdrückender Enge hielt ein begeistertes Publikum im Intraßhofsaal aus, um den offiziellen Beginn der Musiksaison mitzuerleben. Der seit Jahren von der Direktion Kurt Reufeldt eingeführte Kammermusikalische Zirkus verspricht zwar für diesen Winter nicht viel Neues, sondern verlegt den Hauptakzent auf berühmte, längst anerkannte Werke und ebenso zugängliche Spielvereinigungen. Als besondere Nuancen wäre vielleicht hervorzuheben, daß diesmal Schuberts Kammermusikalisches Schaffen fast in den Vordergrund gerückt ist. So wird jeder der sechs

Ausstellung moderner Gasgeräte im Landesgewerbeamt zu Karlsruhe

Nach mehrjähriger Pause veranstaltet das Landesgewerbeamt in der Zeit vom 25. September bis 9. Oktober 1927 in der mit ihm verbundenen Landesgewerbehalle zu Karlsruhe eine Ausstellung neuzeitlicher Gasverbrauchsapparate für Industrie, Gewerbe und Haushalt, um den Verbrauchern Anregung zur Erweiterung und Verbesserung der Gasanlagen zu geben und andererseits auch den Firmen eine günstige Möglichkeit zu bieten, weitere Kreise auf die wesentlichen Fortschritte ihrer Erzeugnisse hinzuweisen.

Veranlassung zu der Ausstellung war die Abhaltung eines Fachkurses für Gasinstallation in der Zeit vom 3.-8. Okt. der Gasinstallateuren, Facharbeitern und Gewerbelehrern Gelegenheit bieten soll, den heutigen Stand der Gasinstallations-technik kennenzulernen und Aufschluß über die Verwendung der neuesten Gasverbrauchsapparate in Industrie, Gewerbe und Haushalt zu geben.

Welch großes Interesse die Industrie der Ausstellung entgegengebracht hat, ergibt daraus, daß etwa 90 Spezialfirmen jeweils mit ihren besten Erzeugnissen vertreten sind. Infolge dieser starken Beteiligung entstand eine unerwartet reichhaltige und interessante Schau, die sowohl dem Fachmann in Industrie und Gewerbe, wie insbesondere der Hausfrau einen wertvollen Überblick über die technischen Fortschritte der Gasverwertung und die vielfältigen Verwendungsmöglichkeiten des Gases verschaffen dürfte.

Die Aufzählung und Beschreibung der vielen Arbeiten der ausgestellten Gasapparate und ihrer Erzeugerfirmen wird zu einem späteren Bericht vorbehalten. Es sind in vielfältiger Auswahl vertreten: Gasherde für den Haushalt von der einfachsten Ausführung bis zu einer allen Ansprüchen genügenden Ausstattung, Wirtschaftsherde für Großküchen, Gaswaschmaschinen, Warmwasserapparate und Raumheizapparate. Die umfangreiche Verwendungsmöglichkeit des Gases in der Industrie zeigen Gashühner und Gashälften, Rufflösen, Gashälften, Gasmotoren usw. Einige Gasbeleuchtungskörper beweisen, daß das Gas durchaus in der Lage ist, in zweckmäßigen Beleuchtungskörpern den Wettbewerb mit der Elektrizität aufzunehmen. Nicht zu vergessen sind die neuzeitlichen Gasanschlüsse und Verbindungsschläuche, die die Installation in mancher Hinsicht erleichtern. In das Innere von Gasmessern erblickt man durch sehr schön mit Glas verfehene Modelle Einblick.

Überall ist das Bestreben unübersehbar, höchste Wirtschaftlichkeit mit technisch schöner Zweckform zu verbinden. Da die Vielzahl der Apparate in Betrieb vorgeführt werden, ist weiten Kreisen eine günstige Gelegenheit geboten, sich von der Vervollkommnung und zuverlässigen Funktion moderner Apparate zu überzeugen.

Im Rahmen des Kurses für Gasinstallation finden während der zweiten Ausstellungswoche im Lesesaal der Bibliothek des Landesgewerbeamts drei interessante und lehrreiche öffentliche Abendvorträge jeweils 8 Uhr abends statt und zwar:

Dienstag: „Kochen, Braten, Baden“; Firma Junker & Röh.
Mittwoch: „Raumheizung“; Firma Prometheus-Meurer, Dresden.
Donnerstag: „Warmwasserapparate“; Firma Junker, Dessau.

Die gesamte Veranstaltung dürfte somit weitesten Kreisen eine willkommene Gelegenheit bieten, sich eingehend über die vielfältigen, wirtschaftlichen Verwendungsmöglichkeiten des Gases zu orientieren. Es ist erfreulich, daß auch die Lieferung eines billigen Gases von den Gaswerken mit Ernst erörtert wird, um die erste Voraussetzung für die Verwendung des Gases in größerem Umfang zu schaffen. Große Bequemlichkeit, stete Betriebsbereitschaft, augenblickliche volle Wärmeentwicklung bei Inbetriebsetzung haben die Verwendung des Gases für viele Zwecke eingeführt und beliebt gemacht. Als wirtschaftliche Form der Verwertung von Kohle verdrängt es mehr und mehr deren unmittelbare Verbrennung in Eisen.

Die Ausstellung moderner Gasgeräte bietet einen wertvollen Überblick, in welcher Weise die deutschen Werke den heutigen Anforderungen an Wirtschaftlichkeit und Technik der Gasverbrauchsapparate Rechnung getragen haben, so daß der Besuch allen Kreisen nur empfohlen werden kann.

*

Heute Samstag vormittag hatte das Landesgewerbeamt zu einer Vorbesichtigung geladen. Der Einladung waren u. a. Vertreter der Ministerien, der Präsident der Oberdirektion des bad. Wasser- und Straßenbauamtes, Vertreter anderer Behörden, der Technischen Hochschule, der Fachschulen, der Handelskammer usw. gefolgt.

Oberregierungsrat Bucarius erinnerte in einer Ansprache daran, daß die Anfänge der Gasversorgung noch nicht 100 Jahre zurückliegen, und in Karlsruhe beispielsweise 1846 die erste Gasanstalt errichtet wurde. Später gab es die Streitfrage: Gas oder Elektrizität; heute kann man sagen, daß sie bei Licht und Kraft zugunsten der Elektrizität, bei Wärme aber in der Hauptsache für das Gas entschieden ist. Außerordentlich befruchtend hat dieser Wettbewerb für den technischen Fortschritt gewirkt. Mitunter konnte es den Anschein

Abende mit einer Schöpfung von ihm beschlossen und damit auch bei dieser Gelegenheit schon gebührend an seinen hundertsten Todestag erinnert, dessen genauer Datum freilich erst in die nächste Saison fällt. Es scheint aber, daß trotzdem die hiesigen Musikfreunde mit solch wenig abwechslungsreichen Vortragsfolgen recht zufrieden sind, und jedenfalls muß man konstatieren, daß die Konzertdirektion mit ihrer allen gewagten Experimenten abholden und dem Publikumsgeschmack weit entgegenkommenden Musikpolitik wieder einmal das Richtige getroffen hat.

Lange Auseinandersetzungen über die allbekanntesten Werke gleich am ersten Abend erübrigen sich ohne weiteres. Selbst das Brahms-Quintett (op. 88), das als örtliche Erstausführung angekündigt war, verlangt keine nachträgliche Bewertung. Es ist dem Fenerer längst vertraut und behauptet sich wie auch das Klaviertrio op. 87 durchaus neben den beiden noch später gereiften Schöpfungen op. 101 und 111. Gespielt wurde es vom Wendling-Quartett (Stuttgart) sehr klar und durchsichtig, wobei die von heiterer Musikfreude erfüllten Sätze allerdings den stärksten Eindruck hinterließen. Die empfindsame Schönheit des nachfolgenden G-Moll-Quintetts von Mozart kam nicht zu gleich starker Aufspiegelung. Nicht Stillwidrigkeiten waren es zwar, die man den gemachten und geschätzten Spielern nachzusehen hätte, aber man wäre doch statt einem „alten“, reichlich akademisch angefaßten Mozart lieber einem jungen und frischen begegnet. Im Follen-Quintett Schuberts wirkte schließlich noch Gertraud Esch am Klavier mit, eine Karlsruher Pianistin, die mit leichtem und behendem Anschlag sich im ganzen gut, wenn auch noch ein bißchen nervös, ihren routinieren Kollegen anpaßt. Wie die vorangegangenen Darbietungen wurde auch die Wiedergabe dieses Werkes mit starkem Beifall quittiert. U. Sch.

haben, als ob gegenüber der mächtig aufstrebenden und sich besonders auch nach dem Kriege so riesenhaft schnell verbreitenden elektrischen Energieversorgung die Gas-technik an praktischer Bedeutung eingebüßt hätte. Das ist aber in Wirklichkeit nicht der Fall, sie hat vielmehr überaus wichtige, technisch und wirtschaftlich wertvolle neue Gebiete erschlossen. Auch bei der Warmwasserbereitung und der Raumheizung ist die Gas-technik bedeutend vorangeschritten, und es wird z. B. zur Zeit ernstlich erwogen, ob es möglich ist, bei entsprechender Bemessung des Gaspreises das Problem einer zentralen Heizung in den Städten durch Gas zu verwirklichen. Gerade in der nächsten Zeit beschäftigen die Pläne der Gasfernversorgung die Öffentlichkeit lebhaft. Aus diesem Grunde schien es dem Landesgewerbeamt ebenso zeitgemäß, wie auch unter volkswirtschaftlichen Gesichtspunkten notwendig, den Fachkreisen und darüber hinaus auch weiteren Kreisen Gelegenheit zu geben, sich über den Fortschritt auf dem Gebiete der modernen Gasverwendung zu orientieren. So entstand der Plan, einen besonderen Fachkurs für moderne Gasinstallation und in Verbindung damit diese Sonderausstellung „Moderne Gasgeräte“ zu veranstalten.

Karlsruhe und im besonderen auch das Landesgewerbeamt dürfte wohl deshalb eine besondere Berechtigung zu Veranstaltungen auf dem Gebiete des Gasfaches haben, hat doch Geheimrat Dr. Bunte an unserer Technischen Hochschule als Autorität im Gasfach seine Lehrtätigkeit ausgeübt und war doch sein Institut die Quelle, aus der alle wichtigen und wesentlichen wissenschaftlichen Arbeiten in der Gas-technik hervorgegangen sind. Seine Schüler sind es vielfach, die heute führend, leitend im Gasfach tätig sind. Professor Dr. Meidinger war lange Jahre Vorstand der bad. Landesgewerbehalle und wie er einst Ende der 50er Jahre Schüler von Busen in Heidelberg war, als dieser uns in dem „Bunsenbrenner“ die technische Einrichtung zur wirtschaftlichen Verbrennung des Gases gab, so hat Meidinger in der 80er Jahren sich besonders der Frage der Gasheizung gewidmet. Der Karlsruher Schulofen, zu dem Meidinger die wissenschaftliche Idee und der verstorbenen Karlsruher Gaswerksdirektor Reichardt die konstruktive Ausführung gegeben hat, ist hier in diesem Hause entstanden. Neben der Frage der Gasverwendung ist ja aber auch die technisch einwandfreie Installation besonders wichtig. Auch für dieses Gebiet sollen Kurs und Ausstellung fördernd wirken. Das Landesgewerbeamt hat bereits einmal, im Jahre 1908, eine gastechnische Ausstellung unter der Bezeichnung „Gastoch- und Badapparate“ veranstaltet. Bei einem Vergleich des Standes der Gas-technik von damals mit dem, was diese Ausstellung uns zeigt, erkennen wir den großen Fortschritt, der inzwischen erzielt worden ist, und besonders fällt uns die große Zahl neuer Einrichtungen für die Verwendung des Gases im Gewerbe auf.

Der Redner dankte dann allen denen, die das Zustandekommen dieser Ausstellung ermöglicht haben, vor allem dem Städtischen Gaswerk in Karlsruhe und dann all den Firmen, die teilweise mit erheblichen Opfern sich zur Beteiligung an der Ausstellung entschlossen haben.

Ein Rundgang schloß sich an die Ansprache.

Badischer Teil

Zur Schaffung von Wirtschafts-Provinzen

Der Frankfurter Oberbürgermeister Landmann hat dieser Tage in der Vereinigung für Staatswissenschaftliche Fortbildung in Frankfurt a. M. eine Rede gehalten, in welcher er sich abermals über die Schaffung einer rhein-mainischen Wirtschafts-Provinz erklärte. Er arbeitet seit Jahren an der Durchführung dieses Problems mit dem Ziel: Hessen, Pfalz, Unterbaden und die Rheinpfalz zu einer Wirtschafts-Provinz zusammenzuschließen, die ihren Sitz nicht etwa in der Mitte dieser Provinz, sondern ziemlich an der Peripherie derselben, in Frankfurt a. M., haben soll.

Dieser Gedanke ist nicht neu. Er wurde im Anschluß an die Schaffung der Reichsverfassung lange Zeit hindurch vertreten. Voraussetzung für die Durchführung desselben wäre jedoch, die Ländergrenzen und damit die Länder selbst vollständig aufzuheben, einen Einheitsstaat aufzurichten und das Reich in Verwaltungs-Provinzen nach wirtschaftlichen Erwägungen einzuteilen.

Soweit ist es aber in Deutschland noch nicht, die Erhaltung der „Landmannschaftlichen Eigenart“ und die Rücksicht auf der Wirtschafts-Provinzen nicht zu. Zu diesem Problem z. Bt. pro oder kontra Stellung zu nehmen, dazu liegt im Augenblick eine zwingende Veranlassung nicht vor. Wir nehmen auf die Rede des Frankfurter Oberbürgermeisters vor der Staatswissenschaftlichen Vereinigung auch nur deshalb Bezug, weil er zur Bekräftigung seiner Auffassung ausführte, das Projekt der Elektrifizierung der Eisenbahnstrecke München-Nehl habe gegenüber dem Elektrifizierungsplan Frankfurt-Basel deshalb den Sieg davon getragen, weil wir bei Bayern vor einer einheitlichen wirtschaftlichen und verwaltungsmäßigen Stützpunkt ständen, was im Südwesten nicht der Fall sei.

Mit dieser Auffassung Landmanns hat die Frage der Elektrifizierung nichts zu tun. Zwei Gründe waren für die Reichsbahnverwaltung maßgebend, der Elektrifizierung der Ostwestlinie gegenüber der Nordostlinie den Vorzug zu geben: 1. Der große Durchgangsverkehr Paris-Wien-Budapest, zum Teil sogar Paris-Breg. hat sich in der Vorkriegszeit über Stuttgart-München vollzogen. Heute verläuft er über die Schweiz-Vorarlberg, und zwar deswegen, weil die Linie Straßburg-Karlsruhe-Stuttgart-München mehr Zeit beansprucht, als jene durch die Schweiz. Durch die Elektrifizierung will man in schnellerem Tempo die Höhenüberwindungen der Südwestlinie erreichen, die Fahrzeit wesentlich verkürzen und damit den Süd-Westverkehr wieder zurückerobern. 2. Die Reichsbahnverwaltung ist bei den bayerischen Kraftwerken als Aktionär nicht unwesentlich beteiligt; sie hat als Großabnehmer mit diesen Kraftwerken einen langjährigen Vertrag und erleidet Schäden, wenn nicht genügend Strom abgenommen wird.

Zu diesen rein technischen Gründen dürfte für die Entscheidung der Reichsbahnverwaltung allerdings noch ein dritter, weniger sachlicher Grund eine Rolle gespielt haben. Alle Berliner Verwaltungsstellen suchen, wie bekannt, dadurch in Bayern gut Wetter zu machen, daß sie auf seine Sonderwünsche möglichst weit eingehen. Das muß immer wieder festgestellt werden.

